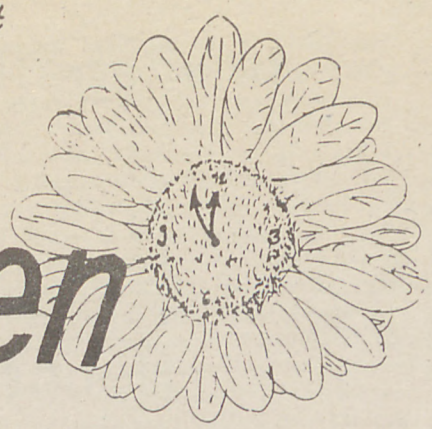
Streikzeitung der TH Darmstadt

Mittwoch, 10. Februar '93 No 6

Streikstunden



HEUTE:

PODIUMSDISKUSSION ZUR STUDIENREFORM

13 UHR 30

AUDIMAX DER THD

ES DISKUTIEREN:

Prof. Evelies Mayer (Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst)

Prof. Helmut Böhme (Präsident der TH Darmstadt)

Dr. Josef Lange (Generalsekretär der Hochschulrektorenkonferenz)

Ruth Wagner (Hochschulpolitische Sprecherin der F.D.P. in Hessen)

Marc Rodenhäuser (Student an der TH Darmstadt)

Olaf Conrad (Referent für Hochschulpolitik am AStA der Uni Marburg)

und das Publikum

MODERATOR:

Jürgen Gandela (Hessischer Rundfunk)

Über ein ministeriales Übel

In Permanenz wird den Hochschulen von ministerialer Seite vorgehalten, sie wären selbstverschuldet unfähig, gar unwillens, sich selber zu reformieren. Daß dies auch an unsinnigen bürokratischen Stolpersteinen liegt, die von übergeordneten Gremien wie Landes- und Bundesministerien und -gesetzen in den Weg gelegt werden, soll exemplarisch an dem Ungeist sogenannter Rahmenprüfungsordnungen (RPO's) demonstriert werden.

Formal bedeuten RPO's fächerspezifische Richtlinien für die Ausgestaltung von Prüfungsordnungen vor Ort; faktisch sind sie Mindestvorgaben an Stoff- und Prüfungsstress. Sie legen einen (minimalen) Fächerkanon für Grund- und Hauptstudium sowie einen zeitlichen Ablauf der Prüfungen fest.

Soll nun eine Prüfungsordnung geändert werden, sind dazu unzählige Hürden mitsamt ihren eigenen Schwierigkeiten zu meistern. Zuerst müssen sich die (Ab-)Stimmgewaltigen des jeweiligen Fachbereichsrats (soetwas wie das Parlament eines Fachbereichs) einigen. Als nächstes stehen dann Absprachen mit den Räten etwaiger Drittfachbereiche an, die von der Änderung betroffen sind: ändern die Informatiker den Mathematikanteil ihres Grundstudiums, muß dies mit den Mathematikern abgesprochen sein. Als nächster prüft der ständige Ausschuß I des Senats, seines Zeichens zuständig für Lehr- uns Studienangelegenheiten, den Entwurf. Als letzte Hürde stehen dann die Beamten des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst in Wiesbaden im Weg, die die Verträglichkeit der Prüfungsordnung mit der jeweiligen RPO sicherzustellen haben. Und an dieser letzten Prüfung scheitern so manche Prüfungsordnungen.

Wird die Prüfungsordnung dann aus Wiesbaden zurückgeschickt, beginnt das

Aufstocken der Prüfungsordnungen

Denn wohl kaum eine Professorin zeigt sich gewillt, den Stoff ihres aktuellen Forschungsgebietes und die dafür benötigten Grundlagen aus dem Fächerkatalog zu entfernen. Und dies aus guten Gründen: von ihrer Warte aus geht es neben dem allseits bekannten Zirkus der Eitelkeiten schlichtweg um Geld, da ihre Mittelzuweisungen in direktem Zusammenhang zu den von ihr gehaltenen Lehrveranstaltungen stehen. Von studentischer Seite ist es auch kaum wünschenswert, sich eingehender mit Stoff zu befasssen, von dem die elementaren Grundlagen vernachlässigt wurden. Somit werden dann höchstens einige weiterführende Veranstaltungen zu Themenkomplexen gestrichen und ansonsten die als fehlend monierten Aspekte der RPO eingearbeitet. Somit entstehen dann Prüfungsordnungen mit 220 (in Worten zweihundertundzwanzig) Semesterwochenstunden (TH-Darmstadt, FB Chemie), die überfrachtet sind mit Stoff, der an unserer Uni nicht weiter vertieft wird, und Studienordnungen, in denen der frühzeitige, kreative Umgang mit **Forschung** perfekt gemieden wird; für Eigeninitiativen bleibt dann soundso kein Raum mehr.

Grund genug, sich Gedanken zu machen über Sinn und Unsinn dieser RPO's:

Die Mär von der Vergleichbarkeit

Sie sollen die Abschlüsse an einzelnen Hochschulen vergleichbarer machen; als Motivation dieser Vergleichbarkeit wird meist noch der Wechsel zwischen Universitäten nach dem Vordiplom angegeben. Wenn jede das gleiche lernt, **sprich die gleichen Prüfungen ablegt**, hat auch jede die gleichen Vorraussetzungen. Ergo gibt es weniger Probleme beim Wechsel der Uni. Doch Halt! Wer wechselt sei-

weiter auf Seite 2

Autonome Studienarbeit

(Wie) ist Anarchie möglich?

In einer beliebig großen Projektgruppe soll dieser Fragestellung nachgegangen werden. In Diskussionen bereits bestehender Überlegungen zu diesem Thema, und in einer schriftlichen Ausarbeitung darüber, besteht die Möglichkeit, eine eigene Standortbestimmung durchzuführen.

Insbesondere kann untersucht werden, welche Bedingungen es überhaupt für ein herrschaftsfreies Zusammenleben von Menschen gibt. Auch eine Untersuchung heute bestehender Gesellschafts- und Herrschaftsverhältnisse, vor allem in Hinblick auf einen möglichen Wandel, könnte eine der Aufgaben dieser Arbeit sein.

Eine minimale und nicht unbedingt sinnvolle Auswahl von Unterthemen ist:

- Was ist Freiheit?
- Verbrechen und Regelverstöße: Gibt es ein System ohne sie?
- Leistung auf dem Prüfstand.
- Wissenschaft und Anarchie.
- Pflicht?

Es gibt keinerlei Literaturvorgaben, jeder Vorschlag wird ernstgenommen. Außerdem wäre eine solche Vorgabe ein Eingriff in die Autonomie der Projektgruppe. Vor allem aufgrund der Größe der Aufgabenstellung wird ohnehin eine arbeitsteilige Vorgehensweise notwendig sein, so daß es eine Herausforderung sein wird, gegensätzliche Standpunkte klar herauszuarbeiten.

Vorschlag für eine erste **Vorausbesprechung: Montag, der 19. April 1993 um 17.30 Uhr in Raum 25/7.** Eventuelle Änderungen und weitere Termine werden dort ausgehängt.

Fortsetzung von Seite 1

nen Studienplatz und warum? Die meisten doch wohl, weil sie im Laufe ihres Studiums bemerkt haben, daß ihnen die Schwerpunktsetzung ihrer alten Uni nicht behagt und sie ihre Ausrichtung effektiv nur mit einem Wechsel des .Standorts ändern können. Es soll nun angeblich den Studentinnen leichter gemacht werden zu wechseln. Hinterfragen wir nun einmal diesen Ansatz.

Erstens wird dadurch der Anlaß des Wechsels an sich in Frage gestellt, da dann sowieso überall die gleichen Dinge gelehrt werden.

Zweitens werden hier Leute an die sprichwörtliche Hand genommen, die es überhaupt nicht nötig haben, da sie aufgrund ihres Entschlusses, die Hochschule zu wechseln schon hinreichend Eigeninitiative gezeigt haben, so daß sie mit diesen eher marginalen Schwierigkeiten wahrscheinlich schon aus eigener Kraft fertig werden. Denn der Wechsel der sozialen Zusammenhänge, der Wohnung, des Arbeitsplatzes ist wohl gravierender, als eine unterschiedliche Zahl von Praktika während des Grundstudiums.

Und drittens wirkt es normalerweise nicht wirklich erleichternd, da frau sich nicht unbedingt eine Uni aussucht, an der die Themenschwerpunkte an den eigenen Schwachstellen liegen.

Der Studentin ist also damit kaum geholfen.

Die Sorgen der Personalchefs

Somit bleibt die Vergleichbarkeit des endgültigen Abschlusses (Diplom, Magister oder Staatsexamen) für die Personalchefin, die schließlich über die Einstellung der fertigen Akademikerin zu entscheiden hat. Sicherlich ist es für die Chefin einfacher, wenn alle Physikerinnen sich mit den gleichen Inhalten beschäftigten, doch andererseits verliert sie dadurch gerade die benötigte Bandbreite an Wissen und Themen, so daß die frischgebackenen Adepten zuerst einmal geraume Zeit eingearbeitet werden. Was bleibt sind

Pflegeleichte Arbeitskräfte

deren Hang zur Eigeninitiative hinreichend abgetötet wurde, um als unreflektierendes Arbeitsvolk die Techniken von Morgen zu entwickeln, ohne die Konsequenzen zu bedenken. Es sind Entwicklungsingenieurinnen die ihren Arbeitsraum nicht als Lebensraum auffassen und dementsprechend auch unempfindlicher auf schädliche Einflüsterungen seitens Gewerkschaften und anderer gesellschaftlicher Gruppen reagieren.

Und genau in diesem Sinne passen die RPO's in das Gesamtbild von Hochschulrahmengesetz, Numerus Clausus, Regelstudienzeit und den ganzen Nettigkeiten, die die neuen Reformvorschläge für uns bereit halten; schließlich lassen sich all diese Maßnahmen nicht zuletzt auch als Ausprägungen des Machtkampfes zwischen Staat einerseits und (Noch-)Freiraum Hochschule andererseits begreifen...

Christian

Hochschuldisput

Nach vielerlei Reaktionen der Printmedien auf die Aktionswoche wollte nun auch der öffentlich-rechtliche Hörfunk des Thema Studienreform aufgreifen. So sendete hr2 am Samstag, dem 6.2.93, den „Hochschuldisput". Die hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst, Evelies Mayer, nahm zur Studienreform Stellung, wobei je zwei Kasseler und Darmstädter Studierende die Ministerin des öfteren auf den Boden der Tatsachen zurückholen mußten. So gerieten die studentischen Redebeiträge meistens zu Erwiderungen auf Darstellungen der Ministerin. Für eigene Analysen und Vorschläge blieb keine Zeit, ausgenommen für einige Phantasien zum Schluß des Disputs. Dies spiegelt aber nur unsere Situation wider, daß wir auf Vorstöße der Politik reagieren müssen.

Der Tenor der Ministerin war, daß im Grunde Einigkeit über das Studium, über die Notwendigkeit und die Richtung von Reformen bestehe. Es gäbe nur Mißverständnisse; so sei keineswegs geplant, im Zuge eines grundständigen Studiums Fachidioten auszubilden. Vielmehr gehe es darum, die Maßgaben der Hochschulgesetzgebung einzulösen. Insbesondere werde die Trennung in ein Kurz- und ein Elitestudium nicht angestrebt. Das Studium müsse wieder studierbar werden.

Tatsächlich nennt das (bundesweit geltende) Hochschulrahmengesetz bereits jetzt als Ziel des Studiums die Vorbereitung auf ein berufliches Tätigkeitsfeld (§7), gleichzeitig wird aber die Befähigung zur wissenschaftlichen oder künstlerischen Arbeit und zum verantwortlichen Handeln gefordert. Was gibt es also zu reformieren? Der Trick könnte darin bestehen, aus dem wissenschaftlichen ein wissenschaftlich **orientiertes** Studium zu machen. Interessant an dieser Sprachregelung, die die Ministerin häufiger verwendete, ist nicht nur die Unterordnung der Wissenschaftlichkeit unter die Berufsbefähigung, sondern auch, daß die „Verschlankung" des Studiums von oben (nämlich vom Gesetz) verordnet wird. Wer wird also definieren dürfen, was wissenschaftlich ist? Diese Interpretation ist allerdings unsicher und nur ein Hinweis darauf, daß es nicht unbegründet Mißverständnisse gibt.

Die Feststellung der Ministerin, sie und die Studierenden hätten die gleichen Ziele, ist also mit Vorsicht zu bewerten. Viele Aussagen von ihr sind sicherlich in unserem Sinne, daß z.B. eine Reform von unten, von den Fachbereichen kommen müsse und durch verordnete Zwangsmaßnahmen nicht sinnvoll gestaltet werden könne. Wie aber die Rollenverteilung zwischen „oben" und „unten" aussehen soll, bleibt im Dunkeln. Der „hessische Weg" gibt auch keinen rechten Aufschluß, denn das „Programm zur Verbesserung der Lehre" und ein „Strukturkommission" genanntes Beratergremium sind doch nur ergänzende Maßnahmen, Krisenmanagement.

Der Disput war dann am interessantesten, als es eben um die Frage ging, wo denn Reformen ansetzen müßten. Von den Studierenden wurde dazu angemerkt, daß die Hochschulen durch Rahmengesetze zu sehr reglementiert seien, um überhaupt reformfähig zu sein. Die Studierenden als die Kompetenten könnten sich in den von Professoren dominierten Gremien (in §38 HRG festgeschrieben) nur Gehör und Gewicht verschaffen, wenn die Hochschullehrer guten Willens seien. Außerdem habe man durch das ständige Krisenmanagement, verursacht durch Geld- und Personalmangel, gar keinen Spielraum für Reformen. Die Ministerin verwahrte sich daraufhin gegen die Unterstellung, die Politik untergrabe Reformen an Ort und Stelle. Die Diskussion über „Reformen von oben" sei das Resultat der Unbeweglichkeit der Hochschulen. Hier ist interessant, daß die Professorin Mayer (ehemals FB2 der THD!) die Hochschule mit der Professorenschaft gleichsetzt, denn an deren Unbeweglichkeit scheitern ja Reformversuche, und zwar kontinuierlich. Am eigentlichen Knackpunkt, nämlich daß man nur nominal von einer Gruppenuniversität reden kann, schrammt die Ministerin haarscharf vorbei. Sie bestätigte, daß sich die Gremien nur „mit sich selbst" beschäftigten und daß eigentlich die Studenten im Mittelpunkt der Gremienarbeit stehen müßten. Aber der Politik sei nicht der Vorwurf zu machen.

Das Rezept der Ministerin ist also nicht die Gleichberechtigung der Studenten, sondern, siehe Globalhaushalt, die Übertragung von Verantwortung von der Politik in die Hochschule. Dies hieße aber letztendlich, daß der Professorenklüngel noch mehr Entscheidungsbefugnisse bekäme. Was uns da angedreht werden soll?

Gerd Stolpmann

Ein nutzloser Freitagabend

Auf einem zauberhaften Abend mit viel Phantasie (Stundenblume Nr. 4 vom 28. Januar) brachten wir unseren „Landesvater" Hans Eichel mit fundierten kritischen Fragen zur Hochschulreform ganz schön ins schwitzen. Um nicht selbst vor heimischen Publikum allzusehr in Bedrängnis zu geraten, verpflichteten die SPD-Selbstdarsteller Ebert und Eichel die „wesentlich kompetentere" Wissenschaftsministerin Evelies Mayer, mit uns einen neunzigminütige „konstruktiven Dialog" zu führen. Hier nun der Versuch einer Bewertung dieser Veranstaltung.

Freitag, der 5. Februar 1993, ab 18^{00} füllt sich die Bibliothek des Lichtenberghauses mit Studentinnen, die nicht wissen was ihnen bevorsteht und aus diesem Grunde sicherheitshalber erst einmal optimistisch sind — vielleicht läßt sie ja doch mit sich reden.

Fragen ohne Antworten

Um 18^{30} erscheint dann auch die Ministerin samt eines von ihr handverlesenen Parteigenossen, eines gewissen Horst Blechschmidt, der im FB 17 einen Lehrauftrag für Energiekabelanlagen inne hat und Schriftführer des Vereins der Freunde der THD ist. Jener fungiert nun als Moderator und bedient sich dabei auch sofort einer Taktik, die im nachhinein nur als hinterhältig bezeichnet werden kann. Er sammelt immer jeweils drei oder mehr Fragen, bis mindestens eine dabei ist, auf die Frau Ministerin unbeschadet antworten kann, und erteilt dann Frau Mayer das Wort. Jene geht dann immer auf die Frage ein, die am unkritischsten erscheint, und zwar immer nur soweit, daß sie nicht genötigt wird Position zu beziehen. Die Kernfragen nach Drittelparität, Mittelverlagerung, Autonomie, mittelbarer Zwangsexmatrikulation, Kurzzeitstudiengängen etc. bleiben allesamt unbeantwortet.

Nachdem so die anderthalb Stunden ohne ausgetragenen Konflikt zuende waren bedankte sich der Moderator noch zynisch: **„Ich bewundere ihre Dispziplin, wir waren in den Endsechzigern längst nicht so ruhig"**

Vertane Chancen

Nun stellt sich die Frage, wem ein solcher Affenzirkus überhaupt nützt. Gewohnt ist mensch solch Verhalten von Politikerinnen vor laufenden Fernsehkameras, vor Wahlvolkpublikum oder ähnlichen Anlässen, bei denen es in erster Linie darauf ankommt, aalglatt zu bleiben und nirgendwo anzuecken. Doch dies war ein Gespräch ohne nichtbetroffenes Publikum; es tummelten sich nur Expertinnen. Und diese ließen sich offenbar nicht mit Scheinantworten befriedigen, sie gingen frustriert nach hause. Es wurde versäumt, den versprochenen konstruktiv-kritischen Dialog zu führen. Schade, auf unserer Seite war durchaus Bereitschaft, Frau Mayers Position kennenzulernen, Gemeinsamkeiten als Ziele zu definieren, bei den wir uns solidarisch und unterstützend zeigen können, in kritischen Punkten den Dissenz zu wagen, um dann zusammen Kompromisse formulieren zu können. Was blieb, war die ministeriale Worthülse **„In diesen Punkten sind wir garnicht so weit voneinander entfernt."**

Samstagabend hörte ich mir dann das Geplänkel im „Hochschuldisput" in HR 2 an, hörte dieselben Floskeln und Worthülsen. Als Resumeé bleibt mir nur zu sagen, daß ich an weiteren Gesprächen nur teilnehmen werde, wenn sie über das hirnlose Niveau einer Parlamentsdebatte gehen werden, denn dafür ist mir meine Zeit zu schade. Mit hohlen Sprüchen lassen sich engagierte Menschen weder besänftigen noch abspeisen, ohne Gesprächsbereitschaft erhalten auch Politikerinnen nicht die von ihnen beschworenen Kompromisse.

Christian

P.S.: Wer jetzt noch nicht genug hat, das Gespräch im Lichtenberghaus wurde auf Video aufgezeichnet, die Rundfunksendung wurde auf Musiccassete gebannt; bei Interesse wird die geneigte Leserin auf die Fachschaft Informatik verwiesen.

STUDENTINNEN—PLENUM

„Wir haben Fakten!" sagen sie. Aber Tatsachen sind nicht alles; mindestens die halbe Arbeit liegt darin, wie man mit den Tatsachen umzugehen versteht!
Dostojewskij, „Schuld und Sühne"

Als ich die zuhandene Flasche hinter mir vom Tische stieß, wurde sie für mich vorhanden.

Vorbemerkung

Die folgenden Ausführungen sollten verstanden werden, als ein Versuch einer Darstellung, von dem was ich als Aufgaben und Ziele des Studentinnenplenums ansehe. Diese Vorstellungen beruhen auf den Erfahrungen, die ich während der Vorbereitung und Durchführung der Aktionswoche gesammelt habe und auf Gesprächen, die ich in diesem Zusammenhang mit einigen Personen, vor allem aus dem Umfeld des Fachschaftenplenums geführt habe. Diese Ziele möchte ich hiermit zur Diskussion stellen und alle dazu auffordern, diese Diskussion in eines der nächsten Studentinnenplena einzubringen.

Was war bisher zuhanden?

Damit diese Miteinbeziehung möglich wird, sollte bekannt sein, welche Arbeit zur Vorbereitung und Durchführung der Aktionswoche geleistet und auch, welche nicht gemacht wurde.

Obwohl viele schon einen Überblick über diese Arbeit haben, möchte ich hier noch einmal ausführlich darstellen, welche Arbeit letztendlich zum Streik an dieser Hochschule führte.

Das Fachschaftenplenum wird vorhanden

Anfang des Wintersemesters tauchten vereinzelt Papiere an den Universitäten auf, die von einer geplanten Hochschulreform berichteten. Diese Papiere landeten zuerst im AStA und danach in einigen Fachschaften. Zu dieser Zeit beschäftigten sich nur wenige Fachschaften mit diesen Papieren, so daß nur vereinzelt auf Bundesfachschaftentagungen Resolutionen gegen diese Reform verabschiedet wurden. Anfang Dezember wurden zusätzliche Fachschaftenplena abgehalten, die sich nur mit diesem Thema beschäftigen. In diesen Plena wurde erstmals eine Aktionswoche angedacht, um dann noch im Dezember damit zu beginnen, diese zu planen und vorzubereiten. Über die Weihnachtsferien bis hin zur Aktionswoche entstand so ein umfangreiches Konzept, das Flugblätter, Plakate, die Stundenblume, das Stundenbeet und das Infocafé, zahlreiche Vollversammlungen, einzelne Fachbereichsratssitzungen, Demonstrationen in Darmstadt und Wiesbaden und den Rahmen der Aktionswoche, zu dem auch einige Großveranstaltungen gehören, beinhaltet. Dieses Konzept zur Aktionswoche wurde jedoch auf den Fachschaftenplena nicht nur organisiert, sondern auch erarbeitet.

weiter auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Diese Arbeit wurde jedoch nur von wenigen Personen aus den Fachschaften ausgeführt, so daß kurz vor der Aktionswoche, bis auf einige Einzelpersonen aus anderen Fachbereichen, nur noch ein paar Mathematikerinnen und Informatikerinnen an der Organisationsarbeit beteiligt waren. Durch die nicht angesprochene Gruppendynamik entstanden mit der Zeit, auch innerhalb des Plenums Machtstrukturen, die zu Problemen in der Gruppe führten. Diese Probleme traten zum Ende der Aktionswoche verstärkt auf, als es um die Einteilung von Vertrauenspositionen ging, die zu einer Anhäufung von Macht hätten führen können. Zu diesen Privilegien gehörten Radioauftritte, Teilnahme an Podiumsdiskussionen oder allgemein Arbeit in und mit der Öffentlichkeit.

Neben den Machtstrukturen innerhalb des Plenums, entstanden auch Konflikte mit anderen Gruppen, wie z.B. der Presseabteilung. Durch diese Probleme kamen zum Ende der Aktionswoche unter Teilnehmern des Fachschaftenplenums Diskussionen über Gruppendynamik, Machtstrukturen und das Selbstverständnis der Gruppe auf. Ein Ergebnis dieser Diskussionen war, daß die Notwendigkeit, der Organisation durch das Plenum nicht mehr gesehen wurde und damit wieder eine Öffnung der Gruppe möglich wurde. Auf dem Zwischenplenum wurde dann das Konzept des Studentinnenplenums vorgestellt, daß die Aufgaben des Fachschaftenplenums zur Hochschulreform übernehmen sollte. Diese Gruppe ist allen Studentinnen offen, nicht nur gewählten Vertreterinnen aus den einzelnen Fachbereichen, sondern jede, die sich für dieses Thema engagieren will. Damit nicht die selben Probleme, wie im Fachschaftenplenum auftreten, muß innerhalb dieser Gruppe politische Bildung stattfinden.

Besorgter Brief an Eichel

Uni-Präsidenten: Keine Stellensperren an Hochschulen

KASSEL. Die fünf hessischen Universitätspräsidenten haben in einem offenen Brief Ministerpräsident Hans Eichel (SPD) aufgefordert, die Hochschulen von Stellensperren auszunehmen. Nach einer gemeinsamen Sitzung in Kassel richteten sie an Eichel auch „die dringende Bitte", in dieser Woche ein Gespräch zu führen.

Sie seien „in höchstem Maße besorgt", daß es innerhalb der Landesregierung noch nicht zu einer klaren Entscheidung über die „Stellenbewirtschaftung" an den Universitäten gekommen sei, so die Rektoren.

Der drohende Abzug von Stellen gefährde „massiv die gerade in Hessen erfolgreichen Bemühungen, Studienzeiten zu verkürzen, Ausbildungsangebote effizienter zu gestalten und Studienabbrüche vermeiden zu helfen". lhe

Wie die Bilder sich gleichen...

Januar 1993. Streik an der TH Darmstadt. Der zweite seit ich hier bin. Und alles scheint so zu laufen wie vor vier Jahren schon einmal.

89 wie 93 mußten andere mich wachrütteln.

89 wie 93 wurde auf der VV mit Enthusiasmus der Streik beschlossen.

89 wie 93 brökelte die Streikfront schon nach wenigen Tagen.

89 wie 93 liefen — trotz „Streik" — die Veranstaltungen ganz regulär weiter.

89 wie 93 habe ich mich gefragt, wo denn all die Leute sind, die **für** diesen Streik gestimmt haben.

89 wie 93 stieß ich bei Freunden und Bekannten auf Unverständnis.

89 wie 93 war es am Schluß nur noch ein leicht frustriertes Häuflein Leute.

89 wie 93 wurde am Ende des Streiks eine Fortsetzung im nächsten Semester beschworen.

Bitte, laßt es nicht so weit kommen, daß sich die Analogien fortsetzen! 93 darf — in der Konsequenz — nicht 89 werden. **Dieser** Streik darf nicht im Sande verlaufen. Denn 89 hat sich nichts getan, 93 muß etwas geschehen, sont wird es die Uni, wie wir sie kennen, bald nicht mehr geben.

Dirk Haun (FB 20)

Zum Begriff der „politischen Bildung"

Politische Bildung, die mehr sein will als bloße Vermittlung von Fakten, muß die Realisierung von Lernzielen anstreben, die über den kognitiven Bereich hinaus das Affektiv–Emotionale und vor allem Praxis mitumfassen. In die Definition von Lernzielen gehen jeweils gesellschaftlich–politische Interessen mit ein; eine unpolitische Erziehung gibt es nicht. Da diese Lernziele nicht beliebig austauschbar sind, sondern immer auch der Legitimation bedürfen, muß sich das Studentinnenplenum zuerst mit diesen beschäftigen.

Die Lernziele der politischen Bildung bemessen sich meines Erachtens daran, wie geeignet sie sind Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse als solche zunächst erkennbar und danach abbaubar zu machen. Neben diesen Lernzielen müssen auch die Metaziele der politischen Arbeit festgelegt werden und in die entsprechende Praxis einfließen.

Diese beiden Aufgaben sollten meines Erachtens auf den nächsten Studentinnenplena besprochen und geklärt werden, wobei diese Diskussion fortwährend geführt werden muß. Dieser Dialog ist notwendig, wenn man nicht wieder Machtstrukturen aufbauen und Agressionen, die das Gruppenklima stören, unterdrücken will. Dadurch ergibt sich die Frage:

Wie wollen wir was tun?

Die Arbeit im Dasein

Ob meine Ausführungen nun in dem nächsten Studentinnenplenum eingebracht und besprochen werden, hängt von allen Teilnehmern des Plenums ab. Die nächsten Plena finden jedenfalls

mittwochs, ab 18 Uhr
im Raum 11/100

statt. Zu diesen Plena fordere ich alle Studentinnen auf, sich entsprechend einzubringen und zu beteiligen.

Oli Saalfeld